HEINRICH BÖLL STIFTUNG

# iran-report

**Nr. 06/2003**

# ایران ریپورت

**I. Innenpolitik**

**Wird es am 9. Juli zum großen Aufstand kommen? / Wächterrat lehnt wichtige Gesetzesvorlagen der Regierung ab / Offener Brief von 127 Parlamentariern an Revolutionsführer Chamenei / Selbstdefinition: Die Revolutionswächter müssen „das Denken der Parlamentarier kontrollieren" / Mindestens 15 Journalisten noch in Haft / Langjährige Haftstrafen für Oppositionelle / Parlamentarier mehrheitlich für Reformen / Heftige Proteste nach Ernennung von Richter Mortazawi zum Staatsanwalt von Teheran / Protest gegen Justizchef auf der Teheraner Buchmesse / Vorschlag: Ämter des Staatspräsidenten und des Revolutionsführers zusammenlegen / Abgeordnete erwägen massenhafte Mandatsniederlegung / Parlament beschließt Regeln für Referendum / Monarchisten bemühen sich in den USA um Unterstützung**

**II. Wirtschaft**

**Bald Strommangel in Iran / Schlechte Aussichten für die iranische Rentenkasse / Demonstrationsverbot für Lehrer am „Tag des Lehrers" / Wirtschaftsbeziehungen Deutschland-Iran bessern sich / Neuer Zentralbank-Direktor will Politik seines Vorgängers fortsetzen / Internet-Nutzung steigt rapide an**

**III. Außenpolitik**

**Iranisch-amerikanische Beziehungen: drei Vorwürfe / Verhandlungen Iran-USA / Neue US-amerikanische Strategie / Putin setzt Ultimatum zum 16. Juni: Alle Bedenken über das iranische Atomprogramm müssen ausgeräumt werden / Vertreter der EU zufrieden mit Verhandlungen mit der Islamischen Republik / „Focus": Lieferung von Atombombenzündern nach Iran aufgedeckt / Letzte irakische Kriegsgefangene freigelassen**

*Mit dem iran-report stellt die Heinrich-Böll-Stiftung der interessierten Öffentlichkeit eine Zusammenfassung ihrer kontinuierlichen Beobachtung relevanter Ereignisse in Iran zur Verfügung. Nach der von der Heinrich-Böll-Stiftung im April 2000 veranstalteten Berlin-Konferenz und verstärkt infolge der Anschläge am 11. September stellen die Entwicklungen in Iran und der Region einen zentralen Arbeitsschwerpunkt der Stiftung dar. Der iran-report erscheint monatlich (Nr. 07/2003 Anfang Juli) und wird einem breiteren InteressentInnenkreis aus Politik, Wissenschaft und Medien zur Verfügung gestellt.*

Heinrich-Böll-Stiftung, Berlin, im Juni 2003

Wenn Sie den iran-report abonnieren oder abbestellen wollen,
wenden Sie sich bitte an:
Heinrich-Böll-Stiftung
mfischer@boell.de
Fax: 030-285 34 - 494
Tel: 030-285 34 - 202

Impressum:

Hrsg.: Heinrich-Böll-Stiftung

Autor: Bahman Nirumand

Redaktion: Vera Lorenz

V.i.S.d.P.: Albert Eckert

Heinrich-Böll-Stiftung
Hackesche Höfe
Rosenthaler Str. 40/41
10178 Berlin
Tel: 030-285 34 - 0
Fax: 030-285 34 - 109
Email info@boell.de
www.boell.de

## I. Innenpolitik

### Wird es am 9. Juli zum großen Aufstand kommen?

Mehrere Gruppen im Inland sowie einige Gruppen der Auslandsopposition haben für den 9. Juli zu landesweiten Demonstrationen aufgerufen. Der 9. Juli ist der Jahrestag des Überfalls islamistischer Milizen auf ein Studentenheim in Teheran im Jahre 1999. Der Überfall hatte zu schweren Auseinandersetzungen geführt, bei denen zwei Studenten ums Leben kamen und mehrere Hundert Studenten verhaftet wurden. Einige von ihnen befinden sich noch immer in Haft. Die Unruhen lösten eine Staatskrise aus, eine Krise, die als Beginn einer andauernden Kampagne der Konservativen gegen die Reformbewegung betrachtet werden kann.

Es wird allgemein damit gerechnet, dass es an diesem Tag landesweit zu großen Unruhen kommen wird. „Die Demokratische Front", die von dem ehemaligen Studentenführer Heshmattollah Tabarzadi geführt wird, hat zu der Demonstration aufgerufen und alle Oppositionsgruppen im In- und Ausland aufgefordert, Bündnisse zu schließen und an der Demonstration teilzunehmen.

Inzwischen sind mehrere Aufrufe veröffentlicht worden. Sie stammen von unterschiedlichen Gruppen, die zum Teil miteinander verfeindet sind, von Monarchisten, Republikanern, Nationalisten und anderen politischen Richtungen. Die Aufrufe gewinnen an politischer Brisanz, wenn man in Betracht zieht, dass die USA nach eigenen Angaben das Ziel verfolgen, in Iran einen Volksaufstand zu organisieren.

### Wächterrat lehnt wichtige Gesetzesvorlagen der Regierung ab

Im November vergangenen Jahres hatte Staatspräsident Chatami, nachdem er von allen Seiten bedrängt worden war und er spürte, dass die Basis ihm davonläuft, zwei seiner wohl letzten Trümpfe auf den Tisch gelegt. Es waren zwei Gesetzesvorlagen, von denen eine dem Wächterrat die bisherige Praxis untersagen sollte, bei Parlamentswahlen Kandidaten aus ideologisch-politischen Gründen auszusieben. Diese Gesetzesinitiative gewinnt in Anbetracht der bevorstehenden Parlamentswahlen im Frühjahr 2004 an Bedeutung. Die Konservativen, die auch den Wächterrat beherrschen, machen kein Hehl daraus, dass sie entschlossen sind, bei diesen Wahlen alles daran zu setzen, um die Mehrheit der Reformer zu brechen und das Parlament zurück zu erobern. Zwar hat der Wächterrat, dessen Zustimmung jedes vom Parlament beschlossene Gesetz bedarf, auch in der laufenden Periode nahezu sämtliche Gesetze, die auf Reformen abzielten, abgelehnt und dadurch das Parlament völlig lahm gelegt. Doch bei einer Parlamentsmehrheit der Konservativen könnte diese sich wiederholende Missachtung der Volksvertretung, die jedes Mal in der Bevölkerung Unmut und Empörung auslöst, vermieden werden.

Der zweite Entwurf basiert auf Artikel 113 der Verfassung, in dem es heißt, der Staatspräsident sei nach dem Revolutionsführer der ranghöchste Vertreter des Staates. Neben der Führung der Exekutive habe er auf die Einhaltung der Verfassung zu achten. Chatami beklagte immer wieder, dass er nicht über genügend Rechtsmittel verfüge, um diese zweite Aufgabe zu erfüllen. Er habe oft verschiedene Instanzen und Ämter auf die Missachtung der Verfassung aufmerksam gemacht, seine Verweise seien jedoch stets ignoriert worden. In dem neuen Entwurf wurde ausdrücklich das Recht des Staatspräsidenten hervorgehoben, auf die Einhaltung der Verfassung zu achten, im Falle einer Missachtung die Entscheidung aufzuheben und die Entscheider zur Verantwortung zu ziehen. Politisch betrachtet liegt die Brisanz des Entwurfs darin, dass er dem Präsidenten unter anderem das Recht einräumt, Gerichtsentscheidungen, zum Beispiel Urteile gegen die liberale Presse, aufzuheben.

Im Grunde zielen beide Entwürfe darauf, die Macht des Wächterrats, der permanent die Regierung und das Parlament blockiert, und der Justiz, die jede Initiative zu mehr Liberalität und Freiheit mit harten Urteilen ahndet, einzuschränken. Die Diskussion über die beiden Entwürfe wurde so hochgeschraubt, dass sie allgemein als schicksalsbestimmend für die Reformbewegung eingestuft wurden. Chatami deutete an, dass er im Falle einer Ab-

lehnung sein Amt niederlegen würde: Ein machtloser Präsident sei überflüssig, sagte er. Auch zahlreiche Mitglieder der Reformfraktion bekundeten ihre Absicht, im Falle des Scheiterns der Gesetze die Bühne der Macht zu verlassen. Andere schlugen vor, das Volk über die Gesetze entscheiden zu lassen. Doch auch ein Referendum, das für solche Fälle in der Verfassung vorgesehen ist, bedürfte der Zustimmung des Wächterrats und des Revolutionsführers.

Die beiden Gesetzesentwürfe sollten eine Wende bringen, aber die Konservativen haben gezeigt, dass sie zu keinem Kompromiss bereit sind. Der Wächterrat hat (wie erwartet) inzwischen beide vom Parlament zuvor verabschiedeten Gesetze abgelehnt. Nun richteten sich alle Augen auf den Präsidenten. Wie wird er reagieren, wird er tatsächlich das Handtuch werfen? Doch selbst dieser harte Schlag vermochte Chatami nicht aus der Ruhe zu bringen. Seine Reaktion war wie immer beschwichtigend. Er habe, sagte er, ein Minimum an Forderungen gestellt. Sollten diese nicht akzeptiert werden, sei der Staatspräsident völlig ohne Nutzen. Zu welchen Konsequenzen diese richtige Schlussfolgerung führen wird, sagte er nicht.

Indes erklärte Parlamentspräsident Mehdi Karrubi, die Hoffnung sei noch nicht verloren. Er sei zuversichtlich, dass man eine Lösung finden werde. „Unsere Vermittlungsbemühungen sind nicht gescheitert. Im Gegenteil, wir sind auf dem Weg des Erfolgs", sagte er. Es werde letztendlich darauf hinaus laufen, dass beide Seiten die Bereitschaft zu Kompromissen mitbringen.

**Offener Brief von 127 Parlamentsabgeordneten an Revolutionsführer Chamenei**

127 Mitglieder des 290 Sitze umfassenden iranischen Parlaments haben in einem offenen Brief Revolutionsführer Chamenei vor den Gefahren gewarnt, die das Land von innen und außen bedrohen. Die Unterzeichner, die der Reformfraktion angehören, begründen ihr Schreiben damit, dass „die Lage sehr ernst, die Zeit für eine Rettung äußerst knapp und die Gefahr, in der sich das Land befindet, sehr groß" sei. Sie bedauern, dass ihre „wohlwollenden Klagen" und ihre bisherigen Vorschläge keine Beachtung gefunden hätten. „Vielleicht hat unsere doch sehr bewegte Geschichte noch nie solche gefährlichen Zeiten wie heute erlebt", schreiben die Angeordneten. Die politischen und gesellschaftlichen Spaltungen im Innern gepaart mit den Plänen der USA, die gesamte Region neu zu ordnen, seien Herausforderungen, die eine rasche und durchdachte Antwort verlangen.

Die Abgeordneten verweisen auf die Zeit vor der Wahl Chatamis. Damals, in den neunziger Jahren, sei Iran völlig isoliert gewesen. Es habe sogar militärische Drohungen gegen das Land gegeben. Doch mit der Wahl des Staatspräsidenten im Jahre 1997 habe sich das Blatt gewendet. Die äußeren Drohungen hätten aufgehört. International habe Iran ein großes Ansehen erlangt. Auf Vorschlag Irans wurde das Jahr 2001 von den Vereinten Nationen als das Jahr des Dialogs proklamiert. Die Regierung der USA habe sich sogar für ihre Politik beim iranischen Volk entschuldigt. Die Menschen im Land seien mit Hoffnungen erfüllt gewesen, im Volk habe eine beglückende Aufbruchsstimmung geherrscht.

Doch schon zwei Jahre nach der Amtsübernahme des Präsidenten hätten einige Gruppen begonnen, die Errungenschaften der Reformbewegung zunichte zu machen. Die Liste ihrer traurigen, zerstörerischen Taten sei sehr lang. Als Beispiel erwähnen die Unterzeichner zahlreiche Mordattentate, den Überfall auf ein Studentenheim, das Verbot zahlreicher kritischer Zeitungen, die Verhaftung und Verurteilung von politisch Engagierten, die Niederschlagung von Studentenprotesten, die Willkür der Justiz gegen Andersdenkende, das Lahmlegen von Parlament und Regierung, Denunzierungskampagnen gegen Verantwortliche des Staates und Repressionen gegen Parteien, Berufsverbände, Forschungsinstitute und dergleichen mehr. Diese Kampagne habe nichts anderes erreicht, als der Welt zu zeigen, dass sich in Iran nichts geändert habe, dass das Begehren des Volkes nach Reformen nichts ausrichten könne und die Stimmen der Menschen nicht gehört werden.

„In Anbetracht dieser Lage darf keine Zeit mehr versäumt werden", schreiben die Abgeordneten. „Die überwiegende Mehrheit des Volkes ist unzufrieden

und hoffnungslos, die herausragenden Persönlichkeiten sind still geworden oder sie haben das Land verlassen, das Kapital hat die Flucht ergriffen und unser Land ist umzingelt von Militärbasen fremder Armeen. Unter diesen Voraussetzungen sind für die Zukunft unseres Landes nur zwei Möglichkeiten denkbar. Entweder Diktatur und Despotie, die im besten Falle in eine Abhängigkeit von Außenmächten münden werden oder Rückkehr zu den Grundsätzen der Verfassung und Einhaltung demokratischer Regeln." Ein Staat, der sich zu demokratischen Grundsätzen bekennt sei unangreifbar, erklären die Abgeordneten.

Der offene Brief enthält auch eine scharfe Kritik an jenen Organen, die die Konservativen einsetzen, um die Reformbewegung zunichte zu machen. Dabei wird nicht einmal der Revolutionsführer verschont. Der Wächterrat habe durch seine widersinnigen und abwegigen Interpretationen der Verfassung sowohl die Verfassung selbst als auch die religiösen Grundsätze vollkommen degradiert. Er gehe dabei sogar soweit, dass er dem Revolutionsführer uneingeschränkte Rechte und Befugnisse einräume, als bestehe die Verfassung aus einem einzigen Paragraphen, der die gesamte Macht des Staates in der Hand des Revolutionsführers konzentriert. „Wären solche Interpretationen bei der Volksbefragung über die Verfassung bekannt gewesen, wäre das Schicksal unseres Landes ganz anders verlaufen", so die Verfasser.

Auch das Verhalten der Justiz, die inzwischen die Speerspitze der Gegner der Reformbewegung sei und nicht einmal davor zurückschrecke, das verbriefte und in der Verfassung verankerte Recht der freien Meinungsäußerung der Volksvertreter einzuschränken, könne nicht länger geduldet werden. In der gesamten Gesellschaft herrsche unerträglicher Willkür, nicht nur gegen die Vorkämpfer der Reformbewegung, sondern auch gegen zivile Organisationen und Verbände. Selbst Rechtsanwälte würden verfolgt und verhaftet. Die zunehmenden Repressionen der letzten Monate gegen Kulturschaffende, Künstler und Schriftsteller, gegen Zeitungen und Zeitschriften ließen sich durch keine Logik legitimieren.

Der offene Brief, der allgemein als verzweifelter Versuch der Reformer, zu retten, was noch zu retten ist, betrachtet wird, hat in der Bevölkerung große Beachtung gefunden. Kurz nach der Veröffentlichung des Briefes durch die studentische Nachrichtenagentur ISNA wurde die Nachricht aus dem Internet herausgenommen. Auch andere Internetdienste löschten ihre Kurzberichte und Kommentare. Offensichtlich wurde den Medien die Veröffentlichung und Kommentierung des Textes verboten. Selbst Abgeordnete, die den Brief unterzeichnet haben, enthielten sich jeden Kommentars. Doch Kopien des Textes wurden unter der Hand weitergereicht. So konnte der Brief millionenfach Verbreitung finden.

Revolutionsführer Chamenei, an den der Brief gerichtet war, erwähnte ihn bei seinem Treffen mit den Mitgliedern des Parlaments mit keinem Wort. Er sagte lediglich: „Nur jene, die keinen Rückhalt im Volk haben, scheuen sich vor Kritik. Doch man muss darauf achten, dass die Kritik nicht in Feindschaft mündet und jenen Eindruck bestätigt, den man im Ausland über unser Land vermittelt."

**Die Organisation der Revolutionswächter muss „das Denken der Parlamentarier kontrollieren"**

Ayatollah Mowaheddi Kermani, Vertreter des Revolutionsführers bei der Organisation der Revolutionswächter, erklärte bei einem Vortrag in der Hochschule für militärische Führung, die Organisation sei verpflichtet, die Arbeit des Parlaments genau unter die Lupe zu nehmen, um zu erfahren, wie jeder Abgeordnete denkt und ob er dem System des Welajat-e Faghieh, der absoluten Herrschaft der Geistlichkeit, die Treue erweist.

Die Organisation der Revolutionswächter wurde nach der Gründung der Islamischen Republik als Parallelorganisation zur Armee ins Leben gerufen, weil die neuen Machthaber der Meinung waren, dass sie sich auf die Schah-Armee nicht verlassen könnten. Inzwischen spielt die Organisation militärisch eine viel größere Rolle als die regulären Streitkräfte. Sie verfügt über alle Gattungen und ist mit modernsten Waffen ausgerüstet.

Mowaheddi Kermani meinte, die Gefahr eines Angriffs durch die USA werde durch ideologisch-politische Spaltungen zunehmen. Nur die Einheit könne die Gefahr abwenden. Es gäbe Verräter, die mit den USA verhandeln wollen. Er hingegen sei der Ansicht, dass eine zur Einheit geschmiedete islamische Gemeinde ein Bollwerk bilde, das in der Lage sei, jede Gefahr von außen abzuwenden.

**Mindestens 15 Journalisten in Haft**

Nach einer Meldung der Deutschen Presseagentur (dpa), die sich auf Angaben des Teheraner Verbandes für Pressefreiheit (APF) beruft, befinden sich zurzeit mindestens 15 Journalisten in Haft. Die Zahl verbotener Publikationen belaufe sich auf über 90, habe Mohsen Kadivar, ein Sprecher des AFP erklärt.

Während die Reformkräfte der Justiz, die von Konservativen dominiert wird, vorwerfen, durch die Verbote den Kurs von Präsident Chatami blockieren zu wollen, hält die Justiz ihnen entgegen, die liberale Presse versuche, das islamische System auszuhöhlen und es durch ein säkulares zu ersetzen.

Den inhaftierten Journalisten wird deshalb auch Gefährdung der nationalen Sicherheit vorgeworfen.

**Oppositionelle zu langjährigen Haftstrafen verurteilt**

Mitte Mai wurden 15 prominente Oppositionelle, die der „national-religiösen Strömung" angehören, zu langjährigen Haftstrafen zwischen vier und elf Jahren verurteilt. Unter den Verurteilten befindet sich auch der 77jährige Ezatollah Sahabi, ein politisches Urgestein. Bereits unter dem Schah hatte er mehrere Jahre in Haft verbracht. Nach der Revolution wurde Sahabi Mitlied des Revolutionsrats, eine Zeitlang leitete er auch die Planorganisation. Nach dem Tod Chomeinis ging Sahabi in kritische Distanz zu den Machthabern und fiel deshalb in Ungnade. Er kehrte dem Machtapparat den Rücken, betätigte sich nur noch als Autor und Herausgeber einer Zeitung, die zu den wichtigsten Vorboten der Reformbewegung wurde. Sahabi wurde nach seiner Teilnahme an der von der Heinrich-Böll-Stiftung im April 2000 veranstalteten Berliner Iran-Konferenz in Teheran verhaftet. Nach eigenen Angaben wurde er während der Haft schwer misshandelt. Nach seiner Freilassung wurde er weiterhin verfolgt. Das neue Urteil gegen ihn und seinen Kampfgefährten wird allgemein als schwerer Angriff auf die Reformbewegung gedeutet. Den Verurteilten wird vorgeworfen, den Sturz der Islamischen Republik geplant und regierungskritische Propaganda verbreitet zu haben.

**Parlamentsabgeordnete mehrheitlich für Fortsetzung der Reformen**

In einem im Parlament verlesenen offenen Brief, der von 153 der 290 Parlamentarier unterzeichnet war, werden Reformen als ein Mittel bezeichnet, um sich gegen „ausländische Bedrohungen" zu wappnen. Gleichzeitig müssten mit „aktiver Diplomatie" die internationalen Beziehungen normalisiert werden, forderten die Abgeordneten. Das Land befinde sich in einer „kritischen Situation". Mit der Stationierung von US-Streitkräften in den Nachbarländern Afghanistan und Irak sei „die Bedrohung an unseren Landesgrenzen angekommen".

Wichtig sei nun, im In- und Ausland das zu Beginn der Amtszeit von Präsident Chatami hergestellte Vertrauen zurück zu gewinnen. Die Führung des Landes müsse darauf achten, nicht die Unterstützung des Volkes zu verlieren, andernfalls drohe ihr das gleiche Schicksal wie der entmachteten irakischen Regierung. Im westlichen Nachbarland habe die Bevölkerung „ohne Reaktion den Lauf der Dinge und die Besatzung des Landes durch fremde Mächte" hingenommen.

**Ernennung des Richters Mortazawi zum Staatsanwalt von Teheran stößt auf heftige Proteste**

Mohsen Ejehi, Stellvertreter des Justizchefs und Ali Asghar Tashakkori, Vertreter der Staatsanwaltschaft, haben gemeinsam mit einer Gruppe der Rechtsberater der Regierung die Ernennung Mortazawis zum neuen Staatsanwalt begrüßt. Die demonstrative Begrüßung ist eine Reaktion auf heftige Proteste, die die Ernennung Mortazawis zum Staatsanwalt vor allem unter Juristen und Anwälten hervorgerufen hat. Morta-

zawi ist im ganzen Land durch seine Willkürurteile gegen die liberale Presse bekannt geworden. In Justizkreisen wirft man ihm den Bruch der Verfassung und des geltenden Rechts vor. Ejehi und andere hingegen bezeichnen Mortazawi als einen „hervorragenden, makellosen Richter, der dem Recht zur Geltung verholfen und die Rechte der Unterdrückten und Habenichts verteidigt hat."

Auch Gholamhossein Elham, Sprecher der Justiz, rechtfertigte die Ernennung Mortazawis, den er als „einen kenntnis- und erfolgreichen Richter" bezeichnete. Auf die Frage eines Journalisten, wie er die Arbeit des Richters als erfolgreich bezeichnen könne, obwohl derselbe zahlreiche Zeitung verboten habe, ohne durch einen Prozess den Nachweis für die Schuld der Herausgeber erbracht zu haben, erwiderte Elham: „Das ist eine Behauptung, die Sie nicht beweisen können. Wie kommen Sie darauf? Alle Fälle sind in öffentlichen Prozessen behandelt worden." Zu den Protesten gegen die Ernennung Mortazawis meinte Elham, Mortazawi habe keine Probleme mit seinem Jurastudium, er habe sein Studium abgeschlossen. Er gehöre zum iranischen Justizapparat und genieße in Kreisen der Justiz großes Ansehen. Seine Kompetenz werde von niemanden in Frage gestellt.

**Teheraner Buchmesse: Protest gegen Justizchef**

Mahmood Hashemi Shahrudi, iranischer Justizchef, wurde auf der Teheraner Buchmesse mit scharfen Protesten der Messeteilnehmer konfrontiert. Die Proteste erfolgten, als Shahrudi sich zu den Ständen der Presse begab. Die protestierenden Messeteilnehmer skandierten mit geballten Fäusten: „Shahrudi, Rücktritt" und sangen die alte iranische Nationalhymne. Die Proteste waren so heftig, dass Shahrudi in Eile die Messe verlassen musste.

**Tadjzadehs Vorschlag: Ämter des Staatspräsidenten und des Revolutionsführers zusammenlegen**

Mostafa Tadjzadeh, früherer Stellvertreter des Innenministers und einer der führenden Köpfe der Reformbewegung, schlug vor, die beiden Ämter des Revolutionsführers und des Staatspräsidenten zusammen zu legen. In diesem Fall hätte das Volk die Möglichkeit, den Revolutionsführer direkt zu wählen. Tadjzadeh, der zurzeit Mitglied des Zentralrats der regierenden Mosharekat-Partei ist, nahm auch zu der Ablehnung der beiden Regierungsvorlagen durch den Wächterrat Stellung. (s.S.3 dieses Iran-Reports)
Die Ablehnung, sagte Tadjzadeh, zeige, dass die nicht gewählten Machthaber sich weigern, freie Parlamentswahlen hinzunehmen. Sie wollten auch keine Rücknahme der willkürlichen Urteile gegen die freie Presse. Sollte es bei der Ablehnung der beiden Gesetze bleiben, sei es durchaus möglich, dass einige Abgeordnete zurücktreten und die Änderung einiger Paragraphen der Verfassung verlangen, um die sozialen und politischen Rechte der Bürger zu sichern.

**Abgeordnete sollen massenhaft ihr Mandat niederlegen**

Die Parlamentsabgeordnete Haghighatdju erklärte in einem Interview mit der Nachrichtenagentur der Werktätigen ILNA, seit sechs Monaten erwägen 50 Abgeordnete, ihr Mandat niederzulegen. Sie hoffe, dass spätestens in zwei Monaten diese Erwägungen zum Abschluss kommen werden. Sie selbst sei von der Richtigkeit einer solchen Maßnahme völlig überzeugt, denn ein solcher Schritt werde auch in anderen Bereichen der Gesellschaft Folgen haben. Er werde nicht nur zur Verstärkung der Teilnahme des Volkes am eigenen Schicksal führen, sondern auch die Position des Staatspräsidenten stärken. „Wenn wir den Machtapparat verlassen, bedeutet dies keineswegs, dass wir mit unseren politischen Aktivitäten aufhören werden", sagte Haghighatdju. Alle Abgeordneten, die die Mandatsniederlegung erwägen, hätten längst ihre politische Zukunft geplant.

Die Parlamentsabgeordnete äußerte sich auch zu den Attacken aus Washington. Die Drohungen der USA dürften nicht als Vorbereitung zu einem militärischen Angriff aufgefasst werden. Ein solcher Angriff hätte für die USA verheerende Folgen. „Auch die Amerikaner sind sich bewusst, dass der Demokratisierungsprozess in Iran aus den inneren Auseinandersetzungen erfolgt und eine Mandatsniederlegung mit ihren Drohungen nichts gemein hat. Wenn die

Reformer im Parlament nichts ausrichten können, müssen sie zurücktreten. Das würde die Blockadepolitik der Gegner der Reformen durchkreuzen und dem Volk neue Chancen eröffnen."

**Parlament beschließt Regeln für ein Referendum**

Eines der Themen, die zurzeit am meisten in Iran diskutiert werden, ist die Idee, die Entscheidung über schwierige politische Fragen dem Volk zu überlassen. Die Idee, die von zahlreichen Reformern, auch von Teilen der Opposition zur Diskussion gestellt wurde, soll dem Land aus der politischen Sackgasse heraushelfen. Die Ausweglosigkeit ist dadurch entstanden, dass der Wächterrat seit der Amtsübernahme Chatamis jedes vom Parlament verabschiedete Gesetz, das auf ernsthafte Reformen abzielt, abgelehnt und damit sowohl das Parlament als auch die Regierung lahm gelegt hat. Die Idee gewinnt immer mehr Anhänger: Wichtige Reformvorhaben, die der Wächterrat ablehnt, sollen dem Volk zur Entscheidung vorgelegt werden.

Die Möglichkeit einer Volksbefragung ist in der Verfassung der Islamischen Republik vorgesehen. Nach Artikel 59 können wichtige politische, wirtschaftliche, soziale und kulturelle Entscheidungen direkt dem Volk vorgelegt werden. Die Entscheidung über eine Volksbefragung bedarf der Zustimmung von mindestens Zweidrittel der Mitglieder des Parlaments.

Nun hat das Parlament in seiner Sitzung am 7. Mai die Regeln einer Volksbefragung festgelegt. Demnach kann der Antrag auf eine Volksbefragung entweder durch den Staatspräsidenten oder durch mindestens 100 Abgeordnete dem Parlament vorgelegt werden. Danach wird sich eine fünfzehnköpfige Delegation, deren Mitglieder vom Parlament gewählt werden, mit dem Antrag befassen. Anschließend wird der Bericht der Kommission dem Parlament zur Entscheidung vorgelegt. Die Kommission ist befugt, den Antrag zu ändern. Abgestimmt wird über den geänderten und nicht über den ursprünglichen Antrag. Der Antrag des Ausschussvorsitzenden für Außenpolitik und nationale Sicherheit, Mohsen Mirdamadi, sowohl über den Vorschlag der Kommission als auch über den ursprünglichen Antrag abzustimmen, fand nicht die Zustimmung des Parlaments.

**Monarchisten bemühen sich um Unterstützung bei den Neokonservativen und der israelischen Lobby in den USA**

Die in London erscheinende Financial Times berichtet in ihrer Ausgabe vom 9. Mai über zunehmende Aktivitäten der in den USA lebenden iranischen Monarchisten. Diese seien vor allem bemüht, bei einflussreichen Neokonservativen sowie bei den ebenso einflussreichen amerikanischen Juden Unterstützung zu erhalten. Der Sohn des 1979 durch die Islamische Revolution gestürzten Schahs versucht dem Bericht zufolge jene Rolle zu übernehmen, die Ahmad Chalabi im Bezug auf den Irak innehat. Doch nach Meinung der Zeitung steht er im Gegensatz zu Chalabi, der als engster Vertrauter Washingtons in der amerikanischen Irak-Politik über großen Einfluss verfügt, noch am Beginn seiner Karriere. Unterstützung für sein Vorhaben erhält der Königssohn bisher vor allen vom American Interprise, einem einflussreichen Forschungsinstitut, das von Neokonservativen geleitet wird. Das Institut vertritt die Ansicht, dass Reza Pahlavi in der Lage sei, einen friedlichen Übergang von der Diktatur in die Demokratie in Iran zu gewährleisten. Er verfüge über eine große Basis in seinem Land und sei sehr populär.

Unterstützt werde der Königssohn auch von der israelischen Lobby sowie von einigen Abgeordneten im US-Kongress und US-Senat. Der republikanische Senator Sam Brown habe kürzlich mehrere zehn Millionen zur Verstärkung der persischsprachigen Auslandssender, die von den Monarchisten geleitet werden, beantragt.

Dem Bericht der Zeitung zufolge setzt sich Reza Pahlawi für die Durchführung eines Referendums über die künftige Staatsform in Iran ein. Die Bush-Regierung halte inzwischen Präsident Chatami für unfähig, Reformen durchzusetzen und sei zu der Auffassung gelangt, eine Änderung der Verhältnisse könne allein durch einen Volksaufstand erreicht werden.

## II. Wirtschaft

### Bald Strommangel in Iran

Das iranische Energieministerium gab bekannt, dass das Land bereits im kommenden Jahr mit einem erheblichen Mangel an Strom konfrontiert sein werde. Nach einem Bericht der studentischen Nachrichtenagentur ISNA warnte Hussein Mahmoodzadeh, Leiter des Amtes zur Förderung von Energie, sollte Iran keine Investitionen zum Bau neuer Kraftwerke tätigen, werde in naher Zukunft die Stromversorgung des Landes nicht möglich sein. Da der Bau eines Kraftwerks im Durchschnitt fünf Jahre benötige, müssten die Planer so rasch wie möglich mit dem Bau neuer Kraftwerke beginnen, andernfalls werde die Stromversorgung in weiten Teilen des Landes nicht zu gewährleisten sein. Die vorhandenen Kraftwerke Irans haben zurzeit eine Kapazität von 30tausend Megawatt. Nach Schätzung von Sachverständigen wird sich der Bedarf in fünf Jahren auf das Doppelte erhöhen.

Mahmoodzadeh erklärte, die Pläne für den Bau neuer Kraftwerke seien längst ausgearbeitet, „was fehlt, ist die Finanzierung." Die Einnahmen durch den Verkauf von Strom würden für Investitionen in neue Kraftwerke nicht ausreichen. Demzufolge müsse der Strompreis erhöht werden.

Iran verfügt über 66 Kraftwerke, die Einnahmen betragen 1400 Milliarden Tuman (rund 29 Millionen Euo). Verantwortliche der Regierung geben an, dass der Strompreis, der etwa die Hälfte des Selbstkostenpreises beträgt, viel zu niedrig sei. Ohne eine Preiserhöhung sei die Finanzierung neuer Kraftwerke nicht möglich. Doch das Problem besteht nicht allein in der geringen Kapazität der vorhandenen Kraftwerke, auch das Netz zur Weiterleitung des Stroms reicht nicht aus. Mahmoodzadeh stellte fest, dass man sich bisher vorwiegend um die Erzeugung von Strom gekümmert habe. Der Ausbau bzw. die Modernisierung des Versorgungsnetzes sei stark vernachlässigt worden.

Der Mangel an Finanzierungsmöglichkeiten hat die Regierung dazu veranlasst, sich an die Privatwirtschaft zu wenden. Nach Schätzung von Experten hat die Regierung die Absicht, 12- von 30tausend Megawatt des benötigten Stroms den in- und ausländischen Unternehmen zu überlassen. Energieminister Habibollah Bitaraf erklärte vor einigen Monaten: „Wenn die Regierung in- und ausländische Unternehmen zum Ausbau der Infrastruktur engagieren könnte, wäre diese ein erfolgreicher Schritt." Die Voraussetzung dafür sei wirtschaftliche und politische Stabilität sowie ausreichende Sicherheiten für das Privatkapital.

Der dritte Fünfjahrplan hat das Energieministerium verpflichtet, Wege zu finden, um Privatinvestitionen im Bereich der Stromversorgung zu erleichtern. Letztes Jahr sollte der Bau von vier Kraftwerken in den Städten Zandjan, Chorramabad, Mashhad und Kaschan an die Privatwirtschaft vergeben werden. Doch bislang ist über die Realisierung dieses Vorhabens nichts bekannt.

Bei den Verträgen mit der Privatwirtschaft sollen für die Produktion von 5.000 Megawatt Strom das B.O.T.-Verfahren und für 7.000 Megawatt das B.O.O.-Verfahren zugrunde gelegt werden. Beim B.O.T.-Verfahren übernehmen die Investoren die Baukosten, überlassen dann das Kraftwerk, nach der Amortisierung des investierten Kapitals und einer zuvor vereinbarten Zeit, dem Staat. Beim B.O.O.-Verfahren bleibt das Werk für immer im Besitz des Privatinvestors. In beiden Fällen garantiert der Staat die Lieferung des Brennstoffs und den Kauf des erzeugten Stroms. Demgegenüber sind die Unternehmen verpflichtet, den erzeugten Strom an den Staat zu verkaufen.

Zudem ist die Regierung bemüht, einen Teil der vorhandenen Kraftwerke zu privatisieren. Bereits vor vier Monaten gab das Energieministerium bekannt, dass 10 Prozent der Stromversorgung privatisiert werden soll. Entsprechende Verträge seien schon vorbereitet.

Nach vorliegenden Statistiken werden 100 Prozent der Stadtbewohner und 96 Prozent der Bewohner der Provinzen mit Strom versorgt.

### Schlechte Aussichten für die iranische Rentenkasse

Nach Berichten der Nachrichtenagentur Pars hielt sich Mitte März eine Abordnung der Rentenkasse der Weltbank zur

Untersuchung der iranischen Rentenkasse in Teheran auf. In ihrem nun veröffentlichten Bericht warnt die Delegation das iranische Finanz- und Wirtschaftsministerium, spätestens in zehn Jahren werde die Bilanz der Rentenkasse negativ sein. Das iranische Rentensystem sei nicht genügend entwicklungsfähig. Zudem gäbe es Tendenzen, die zur Verweigerung der Beitragszahlungen führen könnten. Das System sei so angelegt, dass die Entwicklung sich zu Gunsten der Reichen und zum Nachteil der Armen auswirken werde. Nach Schätzung der Delegation werden die Schulden der iranischen Rentenkassen im Jahre 2007 so hoch sein wie das Zweifache des heutigen Bruttosozialprodukts des Landes.

Die Delegationsmitglieder rechnen mit einem jährlichen Zuwachs der Zahl der Rentner um neun Prozent, während die Zahl der Beschäftigten nur um vier Prozent wachsen wird.

Abdolhossein Sabet, Verantwortlich für Rentenangelegenheiten, bezeichnete den Bericht als nachdenkenswert. Er selbst habe mehrmals die Verantwortlichen der Regierung auf die kritische Situation aufmerksam gemacht. Gleichzeitig meinte er, der Bericht beruhe zum Teil auf falschen Informationen. Zudem sei die iranische Rentenkasse staatlich. Daher könne sein Haushalt durch staatliche Zulagen ausgeglichen werden. Dennoch gäbe es genug Probleme, die längst hätten gelöst werden müssen.

**Demonstrationsverbot für Lehrer am „Tag des Lehrers"**

Aus Anlass der Ermordung des Ayatollah Mottahari, eines populären geistlichen Gelehrten, wurde sein Todestag zum „Tag des Lehrers" ernannt. Doch in diesem Jahr wurde den Lehrern verwehrt, ihren Protest gegen die Zustände, unter denen sie ihren Beruf ausüben, auszudrücken. Die Lehrer bilden einen großen Teil der staatlichen Angestellten, doch sie werden im Vergleich zu anderen Angestellten benachteiligt. Sie verlangen mehr Lohn, bessere Arbeitsverhältnisse und eine soziale Aufwertung ihres Berufs. Sie haben bereits vor zwei Jahren zur Durchsetzung dieser Forderungen landesweit demonstriert. Diese Demonstrationen, die zunächst als gewerkschaftliche Protestkundgebungen eingestuft wurden, gewannen bald einen politischen Stellenwert innerhalb der Fraktionskämpfe zwischen Konservativen und Reformern. Daher wurden in diesem Jahr sämtliche Anträge auf Durchführung von Demonstrationen und Kundgebungen abgelehnt. Nur einer Gruppe von Lehrern gelang es, vor dem Kultusministerium in Teheran durch Parolen ihre Forderungen kundzutun.

Alirezs Madjub, Parlamentsabgeordneter aus Teheran, erklärte, er werde im Parlament gegen das Demonstrationsverbot protestieren. Er meinte, die Lehrer hätten das Recht zur Demonstration, nicht zuletzt deshalb, weil die Verantwortlichen ihre Forderungen bislang ignoriert haben. Ali Taghizadeh Choi, Sprecher des Ausschusses für Bildung und Forschung im islamischen Parlament, erklärte, die Kommission werde das Anliegen der Lehrer auf die Tagesordnung setzen. Er betonte jedoch zugleich, dass die Möglichkeiten der Regierung beschränkt seien.

Bereits vor zwei Jahren, als die Demonstration der Lehrer zu Unruhen geführt hatte, hatte Präsident Chatami eine Kommission beauftragt, die sich mit den Nöten der Lehrer beschäftigen und Lösungsvorschläge vorlegen sollte. Mohammad Ali Namazi, Mitglied des Ausschusses für Bildung und Forschung, sagte dazu, die von Chatami eingesetzte Kommission habe zur Aufstockung der Haushaltsmittel für Lehrer um 900 Milliarden Tuman geführt. Doch selbst dieser Schritt konnte die Lehrer nicht zufrieden stellen.

Einige Sprecher der Lehrer betonten, dass die Proteste mit politischen Auseinandersetzungen nichts zu tun hätten, doch diese Proteste hätten in der gegenwärtig herrschenden politischen Auseinandersetzungen doch eine politische Färbung bekommen. Die Lehrer seien zum Spielball der Fraktionen geworden.

**Besserung der Wirtschaftsbeziehung zwischen Deutschland und Iran**

Das Ministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung in Berlin (BMZ) gab bekannt, dass sich die ökonomischen Beziehungen zwischen Deutschland und Iran zunehmend gebessert haben. Deutschland werde in Zukunft in erster Linie die Reformen im

Bereich der Wirtschaft und die Privatwirtschaft in Iran unterstützen. Zu diesem Zweck werde es eine enge Zusammenarbeit zwischen Fachkräften beider Staaten geben. Deutschland habe sich zudem bereit erklärt, bei der Ausbildung der Jugend Hilfe zu leisten. Bei einer gemeinsamen Sitzung in Bonn hat sich Deutschland verpflichtet, so bald wie möglich die Pläne zur Ausbildung von Fachkräften zu realisieren.

Das deutsche Entwicklungsministerium ist der Auffassung, dass mit Hilfe eines kontinuierlichen Dialogs und durch Intensivierung der Zusammenarbeit der Demokratisierungsprozess in Iran beschleunigt werden kann. Am Schluss der gemeinsamen Sitzung in Bonn betonte die deutsche Delegation noch einmal die Notwendigkeit der Einhaltung der Menschenrechte.

Nach dem Abkommen zwischen Deutschland und Iran über Sicherheiten und Handelsbeziehungen und wirtschaftliche Zusammenarbeit vor acht Monaten haben sich neue Möglichkeiten zur Zusammenarbeit eröffnet. DaimlerChrysler wird in Iran Autos produzieren. Deutschland beteiligt sich an der Schiffbauindustrie, der Aluminiumindustrie, der Petrochemischen Industrie, am Straßenbau, an der Textilindustrie und dem Bau moderner Kommunikationstechnik. Unter den europäischen Ländern ist Deutschland der größte Handelspartner Irans. Im Jahre 2001 betrug der Wert der exportierten Waren nach Iran rund zweieinhalb Milliarden Euro. Im Vergleich zum Vorjahr ist der Wert des Exports um 20 Prozent gestiegen.

**Neuer Zentralbank-Direktor will Politik seines Vorgängers fortsetzen**

Ebrahim Sheibani, der neu ernannte Direktor der iranischen Zentralbank, erklärte gegenüber der Presse, er werde die Politik seines Vorgängers fortsetzen und die Bezwingung der Inflation als eine vorrangige Aufgabe betrachten. Er werde die Grundsätze des islamischen Bankwesens strikt befolgen, die Inflation unter Kontrolle halten, den Geldwert stabilisieren, die Hindernisse für eine rasche Wirtschaftsentwicklung beseitigen und die Beziehungen zu internationalen Finanz- und Wirtschaftsinstituten pflegen. Die Zentralbank werde die Aktivitäten der Banken genau beobachten, den Geld- und Kapitalmarkt besser organisieren, sie werde versuchen, die Flucht des einheimischen Kapitals ins Ausland zu verhindern und die Unternehmer zu Investitionen im Inland ermuntern. Sheibani betonte, dass er keine gravierenden Änderungen der bisherigen Politik, die in der Wirtschaft des Landes einen Schock auslösen könnten, vornehmen werde.

Der neue Direktor der Zentralbank betonte, er werde die Staatsausgaben genau kontrollieren und dafür sorgen, dass Verschwendungen soweit wie möglich eingeschränkt werden. Auch der Verschuldung des Staates müssen enge Grenzen gesetzt werden. Die gesamte Wirtschaft des Landes müsse öffentlich gemacht werden. Denn nur eine offene Wirtschaftspolitik sei der Garant für eine rasche Entwicklung.

Sheibani erklärte, er betrachte die Pflege der guten Beziehungen zu internationalen Finanzzentren als eine Verpflichtung. „Wir betrachten diese Zentren als Brücken zum Erfolg." Ein Land, das von diesen Zentren nicht akzeptiert wird, könne sich international nicht behaupten.

Der neue Direktor der Zentralbank meinte, das Gesetz zu einer zinslosen Bankwirtschaft sei ein hervorragendes Gesetz. Er habe alle Einzelheiten mit dem Wächterrat geklärt. Das Gesetz müsse buchstabengetreu eingehalten werden. Nach islamischen Gesetzen ist die Einnahme von Zinsen verboten. Deshalb werden statt Zinsen in derselben Höhe Bearbeitungsgebühren berechnet.

Zu den Plänen des neuen Bankdirektors gehört der Ausbau des Kapitalmarkts. Zur Gründung von Privatbanken meinte Sheibani, er werde sich an die bestehenden Gesetze halten. Zurzeit gebe es vier Privatbanken, die er akzeptieren und fördern wolle.

**Rapide Zunahme der Internet-Benutzer**

Ahmad Motamedi, Minister für Post, Telefon und Telegraphie, berichtete bei der Eröffnung der Messe für Stromtechnik in Schiraz, dass die Zahl der Internet-Benutzer in den letzten zwei Jahren um 90 Prozent zugenommen hätte. Während vor zwei Jahren 1,7 Millionen Menschen den Internet-Dienst in Anspruch nahmen, habe sich die Zahl auf

3,2 Millionen erhöht. Der Minister begründete diese rapide Zunahme mit der Politik seiner Regierung, die stets bemüht gewesen sei, durch entsprechende Gesetze sowie durch hohe Investitionen Möglichkeiten der Information und Kommunikation auszubauen. Noch vor fünf Jahren habe die Kapazität des doppelseitigen internationalen Verbindungsnetzes vier Megabyte in der Sekunde betragen, inzwischen habe sich die Kapazität auf 459 Megabyte erhöht. Der Minister bedankte sich auch bei der Privatwirtschaft, die zu der Entwicklung der Internet-Verbindungen einen beachtlichen Beitrag geleistet habe. Er gab bekannt, dass die Regierung hohe Mittel zur Kreditvergabe mit niedrigen Zinsen für neue Investitionen zur Verfügung gestellt habe.

## III. Außenpolitik

### Iranisch-amerikanische Beziehungen

In den letzten Wochen haben sich die Kontroversen zwischen Iran und der USA erheblich verschärft. Es geht im Wesentlichen um drei Vorwürfe.

1. Vorwurf: Bau von Nuklear- und Massenvernichtungswaffen

Die USA haben nach eigenen Angaben genauere Erkenntnisse über die Pläne Irans zum Bau von Nuklearwaffen gewonnen. Diese beruhen, wie New York Times berichtet, auf Informationen, die die iranische Volksmodjahedin dem US-Geheimdienst CIA zur Verfügung gestellt haben. Die Volksmodjahedin sollen nachgewiesen haben, dass sich die Pläne Irans zum Bau von Atombomben im fortgeschrittenen Stadium befinden. Die Organisation der Volksmodjahedin hat Mitte der achtziger Jahre im Irak Militärbasen eingerichtet. Sie erhielt von der irakischen Regierung militärische und finanzielle Unterstützung und führte gelegentlich in den Grenzgebieten militärische Operationen gegen Iran durch. Die USA sowie die EU haben die Volksmodjahedin als eine terroristische Organisation eingestuft, weil sie für zahlreiche Terroranschläge in Iran verantwortlich zeichnete.

Ein Sprecher der Organisation, Ali Reza Djafarzadeh, behauptete bei einer Pressekonferenz in Washington, Teheran habe neben den Plänen zur Herstellung von Atomwaffen auch Biowaffenprogramme mit Milzbranderregern entwickelt. Unter Berufung auf Regierungsinformationen aus Teheran berichtete der Sprecher, dass Iran seit 1981 an der Waffentauglichkeit von Typhus- Pest- und Cholerea-Erregern forsche. „Wir können mit Gewissheit sagen, dass das iranische Regime die Fähigkeit hat, in großen Mengen biologische Stoffe für militärische Zwecke herzustellen.“ Iran sei in der Lage, jederzeit seine Waffen einzusetzen. Das Land verfüge über Raketen mit Reichweiten bis zu 2000 Kilometern. Djafarzadeh nannte in seinem Bericht auch Namen beteiligter Labors und Wissenschaftler. Er gab an, dass auch ausländische Experten, unter anderem aus Russland, China und Indien, an der Herstellung der Waffen beteiligt seien.

Bushs Sicherheitsberaterin Condoleezza Rice warf in einem Interview mit dem „Handelsblatt" Iran eine „aggressive Tagesordnung" vor. Für die US-Regierung stelle das Land seit langem ein Problem dar, sagte Rice. „Vor allem, was die Nutzung der so genannten friedlichen Atom-Forschung und den Bau von Kernkraftwerken angeht. In Wirklichkeit sollte im Iran ein größeres Vorhaben verschleiert werden – die Entwicklung von Atomwaffen."

Nach einem Bericht der New York Times wollen die USA den Druck auf Iran verstärken, um die iranische Regierung zu einem Stopp ihres Atomprogramms zu zwingen. In diesem Zusammenhang wolle Washington die Mitglieder der Internationalen Atombehörde IAEA zum Handeln drängen. Sie sollen offiziell feststellen, dass Teheran sein Versprechen gebrochen habe, keine Atomwaffen herzustellen. Aufgrund dieses Beschlusses könnten dann die Vereinten Nationen Strafmaßnahmen gegen Iran verhängen.

Präsident Bush erklärte Anfang Mai vor Journalisten in Washington: „Wir müssen zusammenarbeiten, um die Weitergabe von Massenvernichtungswaffen zu beenden. Dies sei „ein größeres Anliegen" für die ganze Welt, und die USA würden dabei weiterhin „in Führung bleiben", fügte der Präsident hinzu. Zuvor hatte sein Sprecher Ari Fleischer erklärt, dass sich die US-Regierung bei der IAEA „und anderen Regierungen" dafür stark gemacht habe, das Nuklearprogramm Irans „streng" zu untersuchen. Nach Angaben von US-Diplomaten hat die amerikanische Regierung Deutschland, Großbritannien, Frankreich, Russland und weitere Länder ersucht, dieser Strategie zuzustimmen. Großbritannien habe bereits seine Unterstützung zugesagt.

Iran bestreitet, jemals Pläne zum Bau von Nuklear- oder Massenvernichtungswaffen ausgearbeitet zu haben. Sämtliche Atomprogramme dienten friedlichen Zwecken. Iran benötige zusätzliche Energie und hoffe den Mangel durch den Bau von Reaktoren beheben zu können. Um die Bedenken der USA auszuräumen, lud das iranische Außenministerium sogar die USA ein, sich an dem Programm zu beteiligen. Der Sprecher des Ministeriums, Hamid Reza Assefi, erklärte vor Journalisten, Iran sei bereit, bei seinen Atomprojekten mit den USA zusammen zu arbeiten. Seine Regierung werde jedoch vorerst nicht das Zusatzprotokoll der Internationalen Atombehörde, das unangekündigte Kontrollen erlaubt, unterzeichnen. Iran hatte vor wenigen Wochen erklärt, es sei bereit, das Zusatzprotokoll der IAEA zu unterzeichnen unter der Voraussetzung, dass der US-Wirtschaftsboykott gegen das Land aufgehoben werde.

Auch das iranische Parlament hat angesichts des zunehmenden Drucks von außen für den 7. Juni eine Debatte über das Atomprogramm angesetzt. Wie IRNA berichtet, werden Außenminister Charrazi und der Chef der iranischen Atomenergieorganisation, Ghlam-Reza Aghazadeh, an der Debatte teilnehmen und den Abgeordneten Rede und Antwort stehen.

Inzwischen wurde bekannt, dass der Generaldirektor der IAEA, Mohammad El Baradei, der Leitung seiner Behörde einen geheimen Bericht über das iranische Atomprogramm vorgelegt hat. Die Behörde wird bei ihrer Sitzung zwischen dem 16. und 20. Juni in Wien über diesen Bericht diskutieren und entsprechende Beschlüsse fassen. Washington hat bereits den Bericht, den die Regierung offenbar vorab erhalten hat, als „sehr beunruhigend" bezeichnet. Außenamtssprecher Richard Boucher sagte, der Bericht biete „wichtige Einblicke" in das iranische Atomprogramm und müsse von allen Mitgliedstaaten sorgfältig geprüft werden.

Am 7. Juni werden Experten der IAEA zu einer Inspektion der iranischen Nukleaaktivitäten in Teheran eintreffen. Der Sprecher der iranischen Atomenergieorganisation, Chalil Musawi, erklärte, Iran habe nichts zu verbergen. Der Besuch der Inspekteure werde die „transparente Atompolitik Irans" verdeutlichen. Seine Organisation werde den Bericht der Internationalen Atombehörde studieren und bei der nächsten IAEA-Sitzung am 16. Juni auf die Vorwürfe reagieren.

2. Vorwurf: Zusammenarbeit mit der Terrororganisation al-Qaida

Die USA gehen davon aus, dass sich zahlreiche Mitglieder der Terrororganisation al-Qaida in Iran aufhalten. Sie vermuten sogar, dass die kürzlich stattgefundenen Anschläge in der sau-

di-arabischen Hauptstadt Riad von dort aus geplant worden seien. Condoleezza Rice sagte in dem bereits erwähnten Interview mit dem „Handelsblatt": „Wir sind besorgt über al-Qaida-Kräfte in Iran." US-Verteidigunsminister Donald Rumsfeld äußerte sich noch deutlicher. „Es besteht kein Zweifel, dass al-Qaida in Iran aktiv ist", sagte er. Er deutete an, dass sich die Hintermänner der Anschläge in Riad, bei denen 34 Menschen, darunter 8 Amerikaner, ums Leben kamen, in Iran aufhalten könnten. „Länder, die diesen terroristischen Netzwerken Unterschlupf gewähren, verhalten sich selbst wie Terroristen", warnte der Minister.

Der Sprecher des US-Außenministeriums, Richard Boucher, sagte, die USA hätten im Kampf gegen den internationalen Terrorismus den Druck auf Iran verstärkt und in Teheran ein entschiedenes Vorgehen gegen mutmaßliche Mitglieder des Terrornetzwerks al-Qaida angemahnt. Eine entsprechende Aufforderung sei in den vergangenen Tagen an Teheran übermittelt worden. Der iranischen Führung sei deutlich gemacht worden, dass Washington al-Qaida-Terroristen in Iran vermute und ein entsprechendes Vorgehen gegen sie seitens der Regierung erwarte. Iran müsse sich an internationale Vereinbarungen halten und dürfe mutmaßlichen Terroristen keine Zuflucht bieten.

Die in den USA erscheinende Philadelphia Incurio gibt vor, aus Regierungskreisen erfahren zu haben, dass sich Ussama Ben Landens Sohn, Saad Bin Laden, in Iran aufhält. Auch der dritte Mann an der Spitze von al-Qaida, Seif al-Adel, soll von Iran aus dem Organisator von al-Qaida in Saudi-Arabien, Abu Bakr, Anweisungen zur Durchführung der Anschläge in Riad erteilt haben. Indes forderte die US-Regierung die iranische Regierung auf, die in Iran inhaftierten al-Qaida-Mitglieder auszuliefern.

Der iranische Botschafter bei der UNO, Djawad Sarif, wies diese Behauptungen entschieden zurück, gab jedoch zum ersten Mal zu, dass Iran eine „gewisse Anzahl" von al-Qaida-Mitglieder gefangen halte. Unter ihnen seien jedoch keine ranghohen Organisationsmitglieder. Er fügte hinzu, in den vergangenen 14 Monaten habe Iran vermutlich mehr als jedes andere Land Mitglieder des Terrornetzwerks festgenommen. Derzeit würden die Gefangenen verhört, die Erkenntnisse werde man an befreundete Regierungen weiterleiten.
Der iranische Informationsminister Ali Yunesi machte noch konkretere Angaben. In seinem Bericht vor dem Kabinett erklärte er, während der vergangenen zwölf Monate seien rund 500 Mitglieder der Terrororganisation in ihre Heimatländer abgeschoben worden. Die Verdächtigen seien mit falschen Pässen aus Pakistan oder Afghanistan nach Iran eingereist. Regierungssprecher Ramezanzadeh forderte alle iranischen Bürgerinnen und Bürger sowie ausländische Informationsdienste, die Kenntnisse über Mitglieder von al-Qaida in Iran haben, auf, diese dem Informationsministerium zur Verfügung zu stellen.

Nach einem Bericht der in London erscheinenden arabischen Zeitung al-Sharq al-awsat, der sich auf Informationen britischer Sicherheitsdienste bezieht, sollen iranische Behörden den als Drahtzieher eines Anschlags in Jordanien gesuchten mutmaßlichen al-Qaida-Terroristen Abu Mussab el Sarkawi festgenommen haben. Der Aufenthalt Sarkawis in Iran sei dem britischen Geheimdienst durch Telefonate zwischen ihm und seiner Ehefrau, die in Jordanien lebt, bekannt geworden.

3. Vorwurf: Störung des Friedenprozesses zwischen Israel und Palästina und im Irak

Es ist seit langem bekannt, dass die Islamische Republik Iran radikalmilitante Organisationen gegen Israel militärisch und finanziell unterstützt, eine Tatsache, die sowohl die USA als auch die EU zu wiederholter Kritik veranlasst hat. Dieselben Vorwürfe werden nun von den USA im Bezug auf den Irak erhoben. Washington wirft Teheran vor, schiitische Gruppen gegen die Besatzungsmächte zu mobilisieren und den Friedens- und Demokratieprozess zu verhindern. Diese Vorwürfe erhielten durch Äußerungen des Ayatollah Ahmad Djannati, Genralsekretär des mächtigen Wächterrats, neue Nahrung. Djannati hatte kürzlich beim Freitagsgebet öffentlich gesagt, die Iraker hätten „keine andere Wahl als sich zu erheben und Märtyrer-Operationen" auszuführen. Die einzige Lösung sei, von den Erfahrungen der Palästinenser zu lernen. Die Reformfraktion im irani-

schen Parlament bezeichnete diese Äußerungen als unverantwortlich und kritisierte zugleich das staatliche Fernsehen, das die Rede kommentarlos gesendet hatte.

Die iranische Regierung bestreitet jede Art von Einmischung in irakische Angelegenheiten und fordert die USA und Großbritannien auf, sich zurückzuziehen und das Land den Irakern zu überlassen. Nur so könne sich Irak zu einer Demokratie entwickeln, sagte Präsident Chatami. Außenminister Charrazi erklärte sogar, Iran sei bereit, den Irak beim Aufbau einer demokratischen Gesellschaft behilflich zu sein!

**Verhandlungen Iran-USA**

Während die unaufhörlichen Attacken der USA gegen Iran sich zuspitzten, wurden Gerüchte über direkte Verhandlungen zwischen Teheran und Washington laut. Inzwischen haben beide Regierung bestätigt, dass sich ihre Vertreter in Genf getroffen haben, um über die iranischen Nachbarstaaten Irak und Afghanistan zu sprechen. Ziel der Gespräche sei, bestimmte Themen zu beraten, die im Interesse der USA lägen, berichtet die Nachrichtenagentur Reuters unter Berufung auf einen US-Vertreter, der nicht genannt werden wollte. US-Außenminister Colin Powell sagte auf seinem Flug von Washington nach Tel Aviv: „Das Thema diplomatischer Beziehungen (zu Iran) liegt im Moment nicht auf dem Tisch, aber wir haben Wege (der Kommunikation), und nutzen sie regelmäßig in jüngster Zeit."

Präsident Chatami meinte bei seinem Besuch in der libanesischen Hauptstadt Beirut zu den geheimen Gesprächen mit den USA: „Aber das ist nichts Neues, diese Gespräche gibt es seit zwei Jahren." Es gehe nicht um die Beziehungen zwischen den beiden Ländern, sondern um bestimmte Probleme in der Region. US-Sicherheitsberaterin Condoleezza Rice sagte in Washington: „Niemand sollte die Gespräche dahingehend interpretieren, dass es um eine Verbesserung der Beziehungen geht. Das ist nicht die Absicht. Es geht um spezifische Themen im Zusammenhang mit Afghanistan und dem Irak."

**Neue Strategie der USA**

Seit Mitte Mai gibt die US-Regierung offen zu, dass sie den Sturz des Regimes in Iran plant. Anders als im Irak soll jedoch der Regimewechsel nicht durch eine militärische Intervention, sondern durch einen Volksaufstand erfolgen. Am 15. Mai erklärte der amerikanische Außenminister Colin Powell im russischen Hörfunksender „Echo Moskau": „Wir machen uns Sorgen darüber, was Iran mit dem Atomprogramm macht. Aber im Moment ist das kein Fall für die Streitkräfte der Vereinigten Staaten." Auch US-Präsident Bush bezeichnete einen Militäreinsatz der USA gegen Iran als „reine Spekulation". „Die Leute lieben es, über die US-Absichten und unser Militär zu spekulieren. Es ist alles reine Spekulation", sagte Bush in einem Interview mit dem russischen Fernsehen.

Nach einem Bericht der Washington Post sollte in der letzten Maiwoche die Strategie gegenüber Iran festgelegt werden. Nach Informationen der Zeitung herrschten zuvor zwischen dem Außenministerium und dem Verteidigungsministerium Kontroversen, wonach das Verteidigungsministerium für öffentliche und geheime Aktionen eintritt, die letztlich zum Sturz der Regierung durch einen Volksaufstand führen, während das Außenministerium eher für die Fortsetzung der Kontakte zur iranischen Regierung plädiert. Doch offenbar hat nun das Außenministerium die eigene Position zugunsten der des Verteidigungsministeriums aufgegeben. Nach Angaben der Washington Post hat die US-Regierung bereits die Gespräche mit Iran ausgesetzt und begonnen, sich auf den neuen Kurs zu konzentrieren.

Laut Presseberichten versuchen die USA auch andere Staaten, insbesondere die der Europäischen Union und Russland, für die neue Strategie zu gewinnen. Sowohl in Petersburg als auch in Evian haben Präsident Bush und seine Begleiter diesbezüglich Gespräche geführt. Die ultimative Aufforderung Russlands an Iran, die Bedenken über sein Atomprogramm bis zum 16. Juni auszuräumen, gehört zu den Erfolgen dieser Gespräche. Auch der Gastgeber des G-8-Gipfels, der französische Staatspräsident Jacques Chirac, machte ähnliche Andeutungen. Seine Sprecherin Catarina Colonna sagte: „Iran muss sich zu der Besorgnis der Welt äußern. Wir haben

eine Botschaft, die sich der der USA nähert." Auch Deutschland signalisierte die Bereitschaft zur Kooperation. Der außenpolitische Berater von Bundeskanzler Schröder, Bernd Mützelburg, sagte in Evian bezogen auf Iran, die Problematik sei „in anderen Staaten mindestens so gravierend – um es mal ganz vorsichtig auszudrücken – wie es im Irak der Fall war." Die Nichtverbreitung von ABC-Waffen sei „ein Problem, das uns auf den Nägeln brennt." Im Hinblick auf die Drohungen der US-Regierung gegen Iran erklärte er, er habe nicht den Eindruck, dass Washington seine Partner vor vollendete Tatsachen stellen wolle. Alle seien an „einer gemeinsamen Agenda interessiert."

Wie die USA tatsächlich einen Volksaufstand in Iran herbeiführen wollen, ist noch längst nicht ausgemacht. Nach bisherigen Informationen hofft Washington, durch massive Propaganda die Menschen in Iran, vor allem Jugendliche, zum Widerstand gegen das Regime zu mobilisieren. Zudem soll die Zusammenarbeit mit der iranischen Auslandsopposition, namentlich mit den Monarchisten, intensiviert werden. Diese erhalten mittlerweile politische und großzügige finanzielle Unterstützung. Inzwischen ist der Druck auf Iran erheblich verstärkt worden. Die psychologische Kriegsführung ist in vollem Gange. Mehrere Fernseh- und Rundfunksender senden rund um die Uhr Programme, die die Botschaft vermitteln, die USA werden jeden Widerstand unterstützen. Diese Offerten haben bisher zumindest bei den unzufriedenen Massen Erwartungen erweckt. Die meisten Iraner sind der Meinung, es werde bald etwas geschehen, was, weiß keiner zu sagen.

Die neue Strategie der USA zeigte auch bei den Machthabern in Iran Wirkung. Der iranische Vizepräsident Mohammad Ali Abtahi sagte in einem Interview mit dem „Handelsblatt", Teheran wolle gegenüber den USA „eine neue Haltung einnehmen. Obwohl sich die USA in der Welt „nicht besonders zivilisiert" verhielten, werde Iran künftig eine realistischere Außen- und Innenpolitik betreiben, um den USA keinen Vorwand für einen Angriff zu liefern. „Ein Weg, um den USA auszuweichen, ist es, den Menschen hier mehr persönliche Freiheiten einzuräumen, Pressefreiheit zu gewähren", sagte Abtahi in Teheran. Auch Außenminister Kamal Charrazi meinte nach einem Treffen mit Luxemburgs Außenminister in Brüssel, Iran werde seine Beziehungen mit allen Staaten der Welt, auch mit den USA, intensivieren. Es sei nicht richtig zu sagen, die Reformer seien für und die Konservativen gegen die Wiederaufnahme der Beziehungen zu den USA. Beide Positionen seien in der iranischen Bevölkerung vorzufinden. „Manche sind der Meinung, dass die USA niemals bereit sein werden, Iran als gleichberechtigten Partner zu akzeptieren. Andere hingegen glauben, dass die Zeit gereift sei, um eine neue Phase der iranisch-amerikanischen Beziehungen einzuleiten", sagte der Außenminister. Er kritisierte, dass die USA trotz der kooperativen Rolle Irans in Afghanistan ihre Attacken gegen Iran verschärft hätten. Auch ihr Umgang mit den iranischen Volksmodjahedin mache den Anspruch, den internationalen Terrorismus bekämpfen zu wollen, unglaubwürdig.

Indes wurde bekannt, dass die Konservativen dabei sind, mit den USA Verhandlungen über eine mögliche Wiederaufnahme der Beziehungen zu führen. Nach Presseberichten hat Mohsen Rezai, Generalsekretär des „Schlichtungsrats", im Mai mit einigen Vertretern der US-Regierung in Athen Verhandlungen geführt. Der Schlichtungsrat ist für Konfliktfälle zwischen dem Wächterrat und dem Parlament zuständig. Sein Vorsitzender, Ex-Staatspräsident Hashemi Rafsandjani, gilt als die graue Eminenz der Islamischen Republik. Die Konservativen waren schon immer bestrebt, den Amerikanern zu demonstrieren, dass sie die Kraft darstellen, die in Iran das Sagen hat und nicht etwa die Reformer unter Chatami. Es ist fraglich, ob die USA bereit wären, die Konservativen als Verhandlungspartner zu akzeptieren. Ausgeschlossen ist es nicht. Denn die Konservativen scheinen in Anbetracht der drohenden Gefahr und des Verlustes ihrer Basis im Volk dazu bereit zu sein, weitgehende Konzessionen zu machen, um ihre Macht erhalten zu können. Dass Revolutionsführer Chamenei sich wieder einmal gegen die Aufnahme der Beziehungen zu den USA ausgesprochen hat, muss eher als ein taktischer Schachzug bewertet werden. In einer kürzlich von der Nachrichtenagentur IRNA veröffentlichten Rede Chameneis heißt es, manche Leute vertreten die Meinung, man

solle die Gelegenheiten, mit den USA zu verhandeln, nicht verstreichen lassen. „Sich dem Feind zu ergeben ist aber nicht die Lösung. Dies würde die USA nur in ihren moralischen Vorstellungen, ihren Forderungen und ihrer abenteuerlichen Politik bestärken."

**Putin forderte Iran ultimativ auf, bis zum 16. Juni alle Bedenken über sein Atomprogramm auszuräumen**

Der russische Außenminister Igor Ivanov erklärte am 28. Mai in einem Interview mit der Nachrichtenagentur Interfax, Russland lehne die Aufforderung der USA ab, die Zusammenarbeit im Bereich der Atomindustrie mit Iran einzustellen. Die Zusammenarbeit verfolge ausschließlich friedliche Ziele, zudem stehe sie unter der Kontrolle der Internationalen Atombehörde.

Auch der iranische Regierungssprecher Hamid Reza Assefi sagte in einem Interview mit der BBC, das iranische Atomprogramm sei übersichtlich, es diene nur friedlichen Zwecken. Diese Erklärungen reichten jedoch nicht aus, um die Bedenken der USA auszuräumen. Kurz vor dem Treffen von Bush und Putin in Petersburg schlug Russland den USA vor, sich an dem Atomprogramm Irans zu beteiligen. Washington lehnte den Vorschlag ab und verstärkte den Druck auf Russland. Doch im Vorfeld des Gipfeltreffens meinte ein Vertreter der US-Regierung, die Chancen zu einem Durchbruch seien gering. „Wir haben einige gute Entwicklungen im russischen Denken gesehen. Wir hoffen, dass dies in gute Entwicklungen im russischen Handeln übergeht."

Wenige Tage später erklärte ein hochrangiger Vertreter der russischen Delegation am Rande des G-8-Gipfels in Evian, Präsident Putin habe nach seinem Treffen mit Präsident Bush in Petersburg Iran ultimativ aufgefordert, bis zur geplanten Ratssitzung der Internationalen Atombehörde IAEA am 16. Juni alle Bedenken über sein Atomprogramm auszuräumen. Über etwaige Konsequenzen im Falle einer Weigerung Irans äußerte sich der Delegationsvertreter nicht. Ein britischer Diplomat meinte, sollte Iran keine unangemeldeten Inspektionen durch IAEA zulassen, werde Russland alle Atomexporte nach Iran einstellen.

Inzwischen hat Iran auf das russische Ultimatum reagiert. Die Regierung in Teheran erklärte am 6. Juni ihre Bereitschaft, ein Protokoll über die Rückgabe verbrauchter Brennstäbe an Russland zu unterzeichnen.

**EU-Vertreter zufrieden mit Verhandlungen mit Islamischer Republik**

Nach den kürzlich in Athen stattgefundenen Gesprächen zwischen der EU und der Islamischen Republik haben beide Seiten erklärt, sie seien mit dem Verlauf der Verhandlungen über ökonomische und politische Fragen zufrieden. Seit Dezember 2002 verhandeln Iran und die EU über ein umfassendes Kooperations- und Handelsabkommen. Doch die EU macht ihre Zustimmung zu dem Abkommen von gewissen politischen Zugeständnissen abhängig. Dazu gehören die Achtung der Menschenrechte, der Verzicht Irans auf den Bau von Nuklearwaffen und anderen Massenvernichtungswaffen, Unterstützung des Friedensprozesses im Nahen Osten und die Zusicherung Irans, jede Unterstützung des internationalen Terrorismus zu unterlassen. Inzwischen hat es mehrere Verhandlungen gegeben, bei denen Einzelfragen erörtert wurden. Mehrere Delegationen der EU haben in kurzen Abständen Iran besucht. Dabei seien nach Aussagen der Delegationsteilnehmer Fortschritte erzielt worden, unter anderem habe man erreicht, dass Strafmaßnahmen wie Steinigungen unterlassen wurden oder das iranische Parlament habe ein Gesetz verabschiedet, in dem Folter in den Gefängnissen verboten wird. Die EU hat sich bis jetzt geweigert, der Strategie der USA zu folgen und die Islamische Republik zu boykottieren. Die EU-Staaten sind vielmehr der Meinung, dass man durch die Unterstützung der Reformbewegung in Iran den Demokratieprozess beschleunigen könnte.

**„Focus": Lieferung von Atombombenzündern nach Iran aufgedeckt**

Wie das Nachrichten-Magazin „Focus" berichtet, wurde im November 2002 eine Lieferung von Atombombenzündern vom Zollkriminalamt entdeckt. Eine Bestätigung der Bundesregierung lag jedoch nicht vor. Dem Bericht zufolge hat ein iranisches Brüderpaar, unterstützt von zwei deutschen Geschäftsleuten, versucht, 44 waffenfähige Hochleistungs-

schalter eines Kronberger Technologie-Unternehmens zu beschaffen. Die Firma habe geglaubt, dass es sich um ein Inlandsgeschäft handle. „Die Lieferung wäre geeignet gewesen, die auswärtigen Beziehungen der Bundesrepublik Deutschland zu gefährden, im Falle einer Endverwendung im Iran sogar erheblich zu gefährden", zitiert Focus eine interne Stellungnahme des Auswärtigen Amtes.

**Letzte irakische Kriegsgefangene freigelassen**

Eine Sprecherin des Internationalen Roten Kreuzes teilte mit, dass Iran die letzten irakischen Kriegsgefangenen aus dem achtjährigen Krieg gegen Irak freigelassen habe. 59 Gefangene wurden mit einem Flugzeug des IKRK nach Bagdad geflogen. Da zurzeit keine irakische Regierung existiert, hat die Organisation direkt mit der iranischen Regierung verhandelt. Die Gefangenen seien schon zu Beginn des Krieges (1980-1988) an verschiedenen Orten in Iran gefangen genommen worden, erklärte die IKRK-Sprecherin. Einige von ihnen hätten Gesundheitsprobleme, vor allem ältere Menschen litten unter Herzbeschwerden. Das IKRK werde ihnen dabei helfen, ihre Angehörigen wieder zu finden. Die Organisation habe seit dem Kriegsende die Rückführung von insgesamt 97.000 Kriegsgefangenen in ihre jeweilige Heimat überwacht.